NACHRICHTEN
Österreich

Wendepunkt im Wohnbau: KIM-Verordnung fällt – Politik muss jetzt handeln!

Führende Vertreter der Bauwirtschaft begrüßen das Ende der KIM-Verordnung und fordern dringend Maßnahmen gegen Wohnraumnot in Österreich.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Die österreichische Bauwirtschaft atmet auf: Das Ende der KIM-Verordnung, die seit ihrer Einführung im Jahr 2022 strenge Kreditvergaberichtlinien verhängte, wird als entscheidender Schritt in die richtige Richtung gefeiert. Torsten Kreft, Geschäftsführer von hagebau Österreich, bezeichnete die Aufhebung als einen wichtigen Impuls gegen den dramatischen Rückgang im Wohnbau. Diese restriktiven Vorgaben behinderten vor allem junge Familien und Alleinverdiener, was zur aktuellen Wohnbaukrise beitrug. Die KIM-Verordnung verlangte einen Eigenkapitalnachweis von 20 Prozent des Kaufpreises und legte fest, dass die monatliche Kreditrate 40 Prozent des Haushaltseinkommens nicht überschreiten durfte. Bis zu jeder zweite Antragsteller blieb aufgrund dieser Regelung ohne Genehmigung für Wohnbaukredite, wie **ots.at** berichtet.

Doch mit der Beseitigung dieser Hürden ist es nicht getan. Die Branche fordert nun umgehend weitere Maßnahmen, um dem drohenden Wohnraummangel und steigender Arbeitslosigkeit im Baugewerbe entgegenzuwirken. „Wir brauchen jetzt sofort mehr Neubau“, so Kreft und betont, dass die nächste Bundesregierung sofort nach Amtsantritt handeln müsse. Laut Gerald Gollenz, Obmann des WKO-Fachverbandes der Immobilien- und Vermögenstreuhänder*innen, könnte die Zahl der frei

finanzierten Eigentumswohnungen bis 2026 von rund 17.380 auf nur 1.793 sinken, wenn keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Auch die neu errichteten Mietwohnungen stehen auf der Kippe und könnten von 7.350 auf nur 1.350 Einheiten fallen, warnt Gollenz. Positive Signale kommen jedoch von der Kreditwirtschaft: Die erleichterten Möglichkeiten der Wohnbaufinanzierung ab 2025 könnten als entscheidender Anreiz für den Erwerb von Wohneigentum und die Belebung des Wohnbaus gesehen werden, so **tga.at**.

Ein umgehender Handlungsbedarf ist also gegeben, um die Perspektiven der Bauwirtschaft zu sichern und den Wohnraummangel in Österreich zu bekämpfen. Die kommenden Monate werden zeigen, ob die Maßnahmen, die nun auf der Agenda stehen, schnell und effektiv umgesetzt werden können, um einer drohenden Krise im Wohnungsbau entgegenzuwirken.

Details	
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	• **www.ots.at** • **tga.at**

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at